

# Der Glücksfall

Andreas Durisch über den Beginn einer neuen Ära in der Schweizer Politik

Die Wahl in die Landesregierung ist Ueli Maurer mit einer einzigen Stimme mehr zugefallen. Sie ist ein Zufall. Wie im Leben zeugt in der Politik der Zufall Glück und Unglück. In mehrfacher Hinsicht ist die Wahl des ehemaligen Parteipräsidenten ein Glücksfall.

Nur für die Linke ist ein Bundesrat Maurer ein Unglück. Dies nicht etwa, weil Ueli Maurer ein unfähiger oder unmöglicher Minister wäre. Er hat zwar als SVP-Präsident polemisiert und öfter unter die Gürtellinie gezielt. Doch ist er nicht unerbittlich, und es fehlt ihm im Gegensatz zu Blocher das Berlusconihafte.

Im Vorfeld der Wahl bekam er Unterstützung von Alt-Bundesrat Adolf Ogi und von der ehemaligen Parteipräsidentin der SP, Christiane Brunner, sowie von der Parteispitze der CVP. Das sind allesamt unverdächtige Fürsprecher.

Die Anti-Maurer-Polemik der Koalition der Moralisten in der SP und CVP entlarvt sich schnell als Heuchelei. Ihr Ziel war es,



«Das heisst aber nicht, dass ab sofort Harmonie herrschen wird»

ANDREAS DURISCH,  
CHEFREDAKTOR

die SVP vorzuführen und die Volkspartei in internen Grabenkämpfen bluten zu sehen. Die Abwahl Blochers hat diese aus dem Tritt gebracht; das sollte sich wiederholen. Das Manöver mit dem Nicht-Kandidaten

Hansjörg Walter war schöne Machtpolitik unter dem Mantel der Moral. Nachvollziehbar für die SP, die auf sachpolitischer Ebene erstaunlich schwach politisiert, und ein gefährliches Spiel für die CVP, deren bürgerliche Wähler kein Verständnis dafür haben.

Ein Glücksfall ist die Wahl für die SVP und insbesondere für Christoph Blocher. Er kann sagen, dass seine – von der Fraktion zurechtgebogene – Strategie aufgegangen ist und einen SVPLer seines Zuschnitts in die Landesregierung gebracht hat. Das lässt dem Alt-Unternehmer Zeit, sein Erbe zu regeln und sich mit dem aktiven Unternehmerflügel in der Partei zu finden.

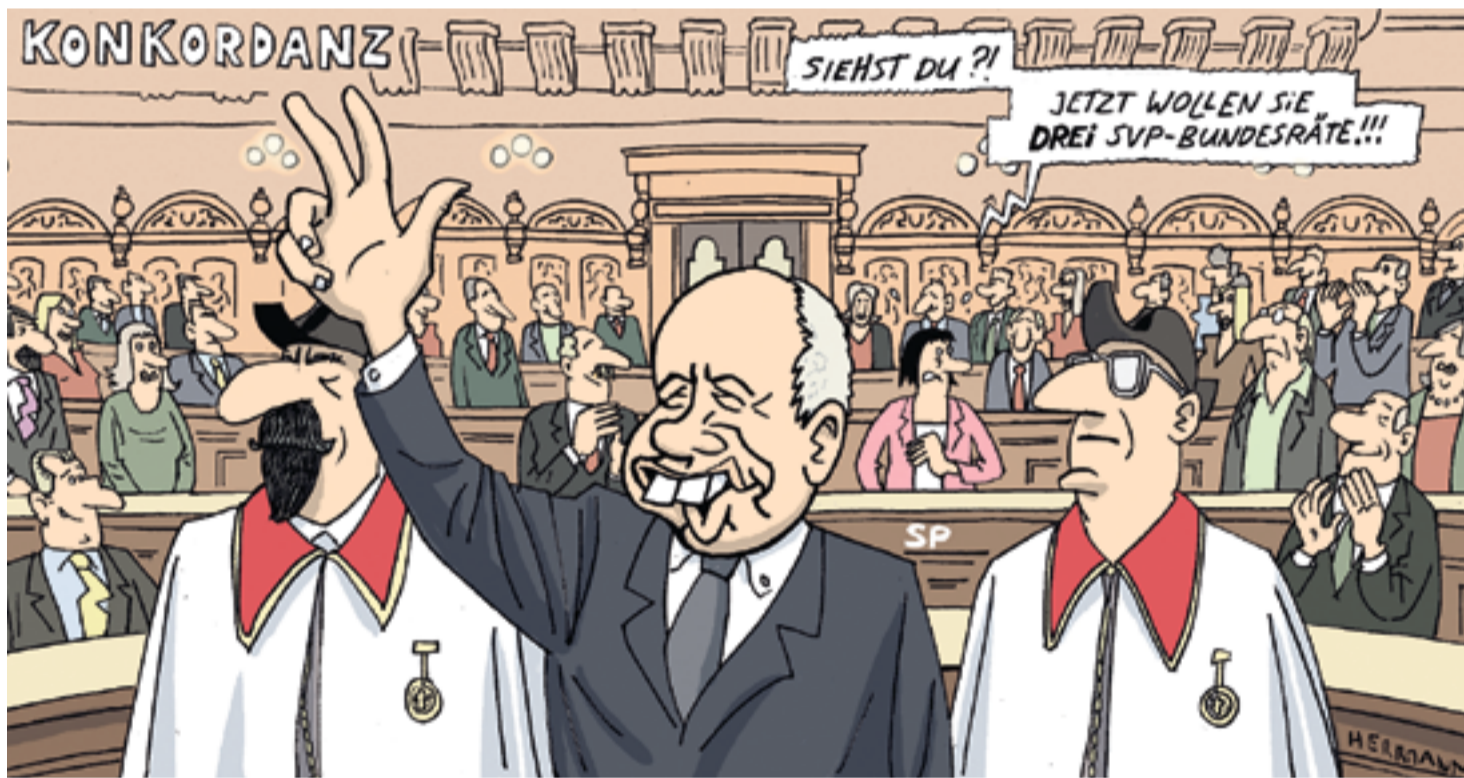
Wegenossen aus der Wirtschaft haben vorgeführt, dass One-Man-Shows selten gut enden. Erinnert sei an Rolf Hüppi und die Zürich-Versicherung, Lukas Mühlemann und die Credit Suisse oder jüngst, eindrucksvoll, Marcel Ospel und die UBS. Blocher hat eine zweite Chance

für ein Happy End bekommen. Staatspolitisch ist die Wahl Maurers ebenso ein Glücksfall. Die stärkste politische Kraft ist wieder in der Regierung vertreten und in die Verantwortung eingebunden. Das heisst aber nicht, dass ab sofort Harmonie herrschen wird.

Der Parteienproporz in der Exekutive, die Basis der Konkordanz, ist noch nicht wieder hergestellt. Die SVP wird mit ihren bewährten Mitteln einen zweiten Sitz im Bundesrat holen wollen und ihre Ziele hart verfolgen. Aber sie wird sich nicht als rücksichtslose Oppositionskraft aufspielen. Das erspart dem Land viel unproduktives Parteiengänzank.

Mit der Wahl Ueli Maurers in den Bundesrat hat sich der Schwerpunkt innerhalb der SVP verschoben von Blocher-Mörgeli zu Maurer-Brunner. Maurer hat bereits Distanz zu Blocher gewonnen, Toni Brunner steht der Schritt bevor. Es ist der Schritt zu einer neuen Ära in der Schweizer Politik.

## KARIKATUR DER WOCHE



## Die neue Überschicht

Markus Schär über RAV-gierige Deutsche und was sie von anderen Zuwanderern unterscheidet

«Die Schweiz ist das Schlaraffenland der Kosovaren»: Schon dieser Satz gäbe Ärger. Und gewiss käme es zu Klagen, ginge es so weiter: «Wenn die Kosovaren erst mal hier sind, wollen sie nie mehr weg. Erst recht nicht, wenn sie arbeitslos werden.» Ringier-Chefpublizist Frank A. Meyer würde im «SonntagsBlick» gegen die Fremdenfeinde donnern, der besorgte Presserater einschreiten, ein geschäftstüchtiger Anwalt die Rassen verklagen. Die Sätze erschienen so auch nirgends in der Schweizer Presse. Der «SonntagsBlick» schrieb sie, aber nicht gegen die Kosovaren, sondern gegen die Deutschen. Und es gab weder Ärger noch Klagen. Weshalb?

Erstmals seit einem Jahrhundert erlebt die Schweiz, dass die einwandernden Arbeitskräfte höhere Qualifikationen mitbringen:



Markus Schär,  
Fokus-Redaktor

Die gute Schweizer Gesellschaft wird, wie es die Soziologen ausdrücken, nicht mehr unter-, sondern überschichtet. Und auch das führt zu Problemen.

Drei Fünftel der «neuen Zuwanderer», die grosse Mehrheit von ihnen Deutsche, verfügen über ein Hochschuldiplom. Die Schweizer Bildungsbürger, die Ärzte, Werber, Kulturschaffenden und, ja, auch die Journalisten, die

sich bisher wortreich vor den fremdenfeindlichen Eidgenossen ekelten, stehen plötzlich im Wettbewerb – gegen Deutsche mit besserer Ausbildung. Ihren Frust wiegt nicht mehr auf, dass die neuen Zuwanderer für den grössten Wachstumsschub seit einem Vierteljahrhundert sorgten. Die Abstimmung zur Personenfreizügigkeit am 8. Februar gibt ihnen die Gelegenheit, sich insgeheim zu rächen: Sie schlagen die Rumänen und meinen die Deutschen.

Übrigens: Das Magazin des «Sonntags-Blicks», mit einem deutschen Chef, machen seit je vorwiegend Deutsche. Und wie bei Tamedia, die die Sonntagszeitung herausgibt, kommt der neue CEO von Ringier aus Deutschland – alle vier Kandidaten für dieses Amt waren Deutsche. Grüezi in der schönen Schweiz!

## Balsam für die geschundene Seele

Esther Girsberger, 47, Mutter zweier Kindergärtner, über den neuen Baby-Boom, ausgelöst von Frauen über 35

Eine frohe Botschaft für uns alte, neue Mütter: Uns ist der Geburtenüberschuss der Schweizer Bevölkerung zu verdanken. Ohne uns gäbe es weniger Kinder, und es wäre noch weniger für die volkswirtschaftliche Zukunft dieses Landes gesorgt.

Das tut der geschundenen Seele gut. Schliesslich wirft man uns immer wieder Egoismus vor, dass wir mehr an uns denken als an die Kinder, dass wir uns nach einem langjährigen und erfüllten Berufsleben beweisen müssten, auch noch Kinder gebären zu können. Das echte Kindwohl bleibe dabei auf der Strecke, weil wir kopflastigen Mütter mit unseren alten Knochen nicht in der Lage seien, unseren Buben auf die Bäume nachzuklettern.

Wer solche Klischees verbreitet und gerne glaubt, möge sich we-



Esther Girsberger,  
Fokus-Redaktorin

nigstens überlegen, warum die jüngeren Frauen unter 30 Jahren nicht mehr bereit sind, Kinder zu bekommen. Diese potenziellen Mütter sind heute als Folge des Gleichstellungsprozesses mindestens so gut ausgebildet wie die Männer und wollen ihre Ausbildung im Berufsleben auch anwenden. Beim Einstieg ins Berufsleben zahlen sich die Gleichstellungsbemühungen aus. Anders aber,

wenn sich die Frage nach Beruf und Familiengründung stellt. War es früher noch einigermaßen selbstverständlich und gesellschaftlich erwünscht, dass die Frau ihre Berufstätigkeit zugunsten der Kinder aufgibt, wird heute um die Berufsfrauen geworben. Allerdings mit ziemlich leeren Händen: Anspruchsvollere Teilzeitarbeit, Jobsharing und auch finanziell verkraftbare externe Kinderbetreuungsplätze sind nach wie vor selten.

Kein Wunder, entscheiden sich immer mehr Frauen für ein berufliches Weiterkommen und verschieben das Kinderkriegen auf den Zeitpunkt, in dem sie sich ökonomisch und von der Berufserfahrung her zum Beispiel die Selbstständigkeit im Teilzeitpensum leisten können. Nicht zum Nachteil ihrer Kinder.

PHILIPP LÖPPE

Öko-Trabi  
oder  
Auto 2.0?



In den USA sucht man einen «Autozaren», eine unabhängige Persönlichkeit, die dafür sorgen soll, dass GM, Ford und Chrysler mit staatlicher Hilfe wieder auf die Beine kommen. Um diesen Autozaren ist bereits eine heftige Kontroverse entbrannt. Das konservative «Wall Street Journal» steht der Idee höchst misstrauisch gegenüber. Es vermutet dahinter eine Art Trojanisches Pferd, mit dem gefährliches Gedankengut nach Detroit geschmuggelt werden soll.

Die Krise von  
Chrysler, GM  
und Ford ist  
für Thomas  
Friedman ein  
Geschenk des  
Himmels

Es gehe gar nicht darum, die amerikanische Autoindustrie und Hunderttausende von Jobs zu retten, argwöhnt das Blatt, sondern darum, «GM und die anderen in grosse grüne Maschinen zu verwandeln». Künftig werden weltfremde Technokraten des Staats dafür sorgen, dass Autos gebaut werden, die nicht dem Geschmack der Kunden

entsprechen. Deshalb werde der Staat bald dazu übergehen müssen, diese ungeliebten Öko-Trabis nicht nur zu subventionieren, sondern sie den Kunden mit Bussen und Gesetzen geradezu aufzuzwingen.

Die links-liberale «New York Times» kommt zu einem ganz anderen Schluss. Der Kollaps in Detroit ist für den Kolumnisten Thomas Friedman ein gigantisches Management-Versagen. Die Autokonzerne ohne Auflagen mit Steuergeldern aufzupäppeln, wäre deshalb verantwortungslos. Schliesslich, so merkt Friedman, hat das 1908 gebaute T-Modell von Henry Ford weniger Benzin verbraucht als die meisten 2008 gebauten Wagen. Die Krise von GM, Ford und Chrysler ist für ihn ein Geschenk des Himmels, eine Chance, die US-Autoindustrie endlich aus ihrer Agonie zu erlösen und ein zukunftsträchtiges, auf Elektroautos basierendes Verkehrssystem aufzubauen. Ein solches System muss mit dem bestehenden vollständig brechen, Auto 2.0 muss sich am Internet orientieren.

Friedman führt Steve Jobs und Apple als Vorbilder an: «Es braucht die richtige Autobatterie – den iPod dieser Geschichte – und das richtige nationale Netzwerk – den iTunes-Laden –, damit dieses Modell funktioniert.»

Öko-Trabi oder Auto 2.0? Die Diskussion um einen US-Autozaren nimmt vorweg, was auch uns bevorsteht, die Debatte um die Frage: Kann der Markt ein umweltgerechtes Verkehrssystem hervorbringen, oder braucht es dazu den sanften Druck des Staats?